

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
war Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp.
Zeile 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N^o. 135.

33. Jahrgang.

Dienstag, den 16. November

1886.

Bekanntmachung.

Der Fleischer Herr Richard Emil Schürer in Eibenstock beabsichtigt in dem unter Nr. 125 der Abtheilung A des Brandversicherungscatasters und Nr. 130a des Flurbuchs für hiesigen Ort eingetragenen Grundstücke eine

Schlächtere

zu errichten.

In Gemäßheit § 17 der Reichsgewerbeordnung vom 1. Juli 1883 wird Solches mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen vierzehn Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich allhier anzubringen.

Eibenstock, den 12. November 1886.

Der Stadtrath.

Völscher, Bürgermeister.

Rf.

Die Erklärungen des Grafen Kalnoth.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie hat am Sonnabend in Pest seine von ganz Europa mit Spannung erwartete Rede über die politische Lage im Allgemeinen und über die auswärtige Politik des benachbarten Kaiserstaates im Besondern gehalten. Ein offizielles Telegramm giebt von der Rede des Grafen Kalnoth folgenden Auszug:

„Bei Behandlung der bulgarischen Frage müsse unterschieden werden zwischen bulgarischen und europäischen Interessen. Die Interessen Oesterreich-Ungarns lägen in den Prinzipienfragen und in dem allgemeinen Vertragsrechte. Wie die bulgarische Regierung in der inneren Politik vorgehe, sei gleichgültig, so lange wesentliche Punkte nicht tangirt würden. Die Hauptsache sei, daß der Rechtsumfang des Berliner Vertrages unverfehrt bleibe. Bulgarien sei als autonomes Fürstenthum und Vasallenstaat der Türkei freit worden, was die Verträge gewährleistet. Wenn auch keine Macht für die Durchführung eine Garantie übernommen habe, so liege doch den Mächten und Oesterreich-Ungarn die schwere, wichtige Pflicht ob, zu wachen, daß dieses Grundprinzip weder in Bulgarien, noch anderswo verletzt werde. Die schwierigste Aufgabe der Regierung sei, ihre Aktion nicht nach momentaner Erregung einzurichten.“

Die Mission Kaulbars' sei nur eine Phase, welche weit überschätzt werde. Thatsächlich sei durch dessen Auftreten Nichts erreicht, was auf die definitive Gestaltung Bulgariens von entscheidendem Einflusse wäre. Ihm sei es wohl gelungen, auf Bulgarien die Einwirkung Russlands in denkbar unangenehmer Art fühlbar zu machen, aber auch die europäische Meinung für das bulgarische Volk in nie gekannter Weise sympathisch zu stimmen. Es liege in den Interessen Oesterreich-Ungarns, daß keine der Verträge widerstrebende Schädigung Platz greife, und daß die von Europa gewährleistete Selbstständigkeit unangestastet bleibe. Die Mission Kaulbars' sei eine bloß vorübergehende und werde keine tiefergehenden Spuren zurücklassen. Man müsse darauf gefaßt sein, daß große Schwierigkeiten zu bewältigen seien, und daß eine lange schwierige Aufgabe in Aussicht stehe; deshalb ersuche es gerathen, den Gang der Ereignisse in Bulgarien mit steter Aufmerksamkeit, aber auch mit Geduld und Vorsicht zu verfolgen.“

Die allgemeinen Endziele der Politik Oesterreich-Ungarns seien die bekannten, vom Minister Tisza entwickelten, welcher klar und bestimmt die Richtung bezeichnete; dieselben seien aber nicht auf die gegenwärtige Krise allein berechnet, sondern beruhten auf den Prinzipien, auf denen die ganze Ordnung im Orient aufgebaut sei, und würden daher lange Zeit für die österreichisch-ungarische Politik im Orient maßgebend bleiben. So lange der Berliner Vertrag bestehe, seien die Interessen Oesterreich-Ungarns vollkommen gewahrt. Wenn Oesterreich-Ungarn in die Lage käme, für den Schutz des Berliner Vertrages einzutreten, so sei ihm die Sympathie und Mitwirkung aller jener Mächte gesichert, welche europäische Verträge zu schützen gewillt sind.“

Hierzu bemerken die Wiener Zeitungen vom 14. ds.: Kalnoth's gestrige Erklärungen beherrschen vollständig das allgemeine Interesse, sämtliche Wiener Blätter besprechen dieselben sympathisch und zustimmend. Die Erklärungen werden als friedlich und gleichzeitig als festes und selbstbewußtes Programm bezeichnet, welches ohne jedwede Provokation doch Rußland genau erkennen lasse, wo es auf Widerstand stoßen würde; besondere Genugthuung erweckt, daß

Kalnoth die Unterstützung Englands und eventuell auch Italiens Unterstützung ankündigen durfte. Kalnoth hob hervor, daß er Grund habe, anzunehmen, daß auch Italien, in Erkenntniß der Wichtigkeit seiner Mittelmeerinteressen, einer Verschiebung der dortigen Machtverhältnisse nicht gleichgültig gegenüberstehe und daß deshalb zur Wahrung der europäischen Interessen im Orient das zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn bestehende Einverständnis erhalten werden dürfte.

Kalnoth's Mittheilungen über das deutsche Bündniß werden dahin gedeutet, daß letzteres über jeden Zweifel erhaben sei, daß jedoch Deutschland speziell bei der bulgarischen Frage sich reservirt verhalte; dies geschehe aber lediglich so lange, als durch die bulgarische Frage eine Friedensstörung nicht herbeigeführt werde, während Oesterreich im Ernstfalle auch hierin Deutschlands Hilfe sicher sein könne.

Kalnoth betonte, daß zwei Großstaaten wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn natürlich auch Sonderinteressen hätten, welche außerhalb der Interessensphäre des andern liegen. Diese zu schätzen, beständen keine Verpflichtungen. Es sei undenkbar, daß ein Großstaat, ohne die Selbstständigkeit seiner Aktion aufzugeben, sich verpflichten könnte, für jedwedes Interesse seines Bundesgenossen einzustehen. Ein Verhältnis, wie es zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bestehe, sei nur dann berufen, praktisch in volle Kraft zu treten, wenn es sich um vollkommen solidarische Interessen Weiber handle. Der Fortbestand des andern Staates als starke, unabhängige Großmacht bilde für beide Theile ein wichtiges eigenes Interesse. In diesem Sinne sei die Gemeinsamkeit der Stellung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns unerschütterlicher, als wenn dieselbe lediglich auf Paragraphen gegründet wäre. Deshalb habe auch Fürst Bismarck nicht für Bulgarien, sondern für die Erhaltung des Friedens seine Rathschläge ertheilt. In hohem Grade beruhigend wirkte es, daß Graf Kalnoth rundweg erklärte, selbst eine Okkupation bulgarischer Küstengebiete würde Oesterreich's entschiedene Stellungnahme herausfordern.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Aus dem Etatsentwurf des auswärtigen Amtes ist zu erkennen, daß die Reichsregierung die Verhältnisse in den deutschen Schutzgebieten nunmehr als so gefestigte und in Bezug auf das Bedürfnis so klar gewordene ansieht, daß sie die Stellen der dortigen Beamten in fester Form auf den Etat bringt, während bisher ein Pauschquantum von 248,000 resp. 200,000 M. für „die Remunerirung von Beamten und zur Ausführung unbedingt erforderlicher Bauten“ gefordert und auch bewilligt worden war.

— Der Annahme, daß Fürst Bismarck durch die augenblickliche Lage der auswärtigen Politik zu seiner Reise nach Berlin veranlaßt worden sei, wird jetzt widersprochen; doch giebt man zu, daß er die Gelegenheit wahrnehmen werde, sich mit den Vertretern der anderen Mächte zu besprechen. Wie verlautet, soll die erhöhte diplomatische Thätigkeit der auswärtigen Ministerien wegen der Krisis auf dem Balkan vornehmlich in den ungünstigen Gerüchten über den Gesundheitszustand des Kaisers Alexander ihren Grund haben. Der Czar leidet an hochgradiger Ueberreizung der Nerven, welche durch die Schwierigkeiten, denen er in Bezug auf Bulgarien begegnet, einen schlimmen Ausgang befürchten läßt.

— Belgien. In der Thronrede, mit welcher die Kammern eröffnet wurden, kündigt der König un-

fassende sozialpolitische Vorlagen zur Hebung des Arbeiterstandes an. Um den durch sozialistische Agitatoren aufgeregten Arbeitern einen Beweis der Verschönllichkeit zu geben, verspricht der König in der Thronrede, daß er gegenüber den zu außergewöhnlich schweren Strafen verurtheilten Räubersführern und Theilnehmern der Exzesse vom Frühjahr im weitesten Umfang von seinem Vergabigungsrechte Gebrauch machen werde.

— Dänemark. Der König telegraphirte der bulgarischen Regierung, er könne unter den gegenwärtigen Umständen in die Wahl des Prinzen Waldemar nicht einwilligen. Hierzu bemerken die „Avisen“, ein angesehenes Kopenhagenes Blatt: „Der Thron, den die bulgarische Sobranje dem Prinzen Waldemar anbieten kann, anzunehmen, ist unter der Würde eines dänischen Königssohnes. Die Stellung eines russisch-türkischen Vasallenfürsten von Bulgarien und die eines Generalgouverneurs des Sultans in Ostrumelien wird keinen dänischen Prinzen in Verhütung führen. Auch die etwaige Königskrone des vereinigten Bulgariens, wenn sie überhaupt von den Mächten zugestanden werden sollte, was aber sehr unwahrscheinlich ist, würde für den Bruder der Kaiserin von Rußland und des Königs von Griechenland wenig Anziehungskraft haben. Eben diese verwandtschaftlichen Beziehungen würden seine Stellung im höchsten Grade erschweren und binnen Kurzem ganz unmöglich machen.“

— In Spanien herrscht wieder eine bedrohliche Aufregung. Die Regierung trifft militärische Vorsichtsmaßregeln. Aus der Provinz, namentlich aus Katalonien laufen beunruhigende Nachrichten ein. In Kadix weigerten sich 700 nach Ruba bestimmte Soldaten, sich einzuschiffen. Das Ministerium Sagasta steht auf sehr unsicheren Füßen, da es von links wie von rechts bekämpft wird.

— Bulgarien. Tirnowa, 13. November. Die Mitglieder der Regentschaft Stambuloff und Muturoff haben ihre Entlassung gegeben. Die Sobranje hat dieselben wiedergewählt und außerdem an Stelle Karaveloff's Zuloff zum Mitgliede der Regentschaft erwählt. Ferner wurde eine Deputation, bestehend aus Greloff, Stoiloff und Kalschew, ernannt, welche sich an die europäischen Höfe begeben soll. Schließlich vertagte sich die Sobranje auf unbestimmte Zeit.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 15. November. Bei der gestern stattgehabten Kirchenvorstandswahl für die hiesige Parochie haben von 100 in der Stadt angemeldeten Wählern 68 sich an der Wahl betheiltigt und wurden die ausgeschiedenen Mitglieder des Kirchenvorstandes sämmtlich wiedergewählt. Es erhielten Stimmen: Hr. Kaufm. Carl Gottfried Dörffel 59, Hr. Kaufm. Ludwig Gläß 58 und Hr. Kaufm. Louis Kühn 47. Die andern Stimmen waren zersplittert. Bei den eingepfarrten Gemeinden haben von 9 angemeldeten Wählern 7 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und wurde Hr. Schmiedemstr. Fergert in Wolfsgrün mit 5 Stimmen ebenfalls wiedergewählt.

— Eibenstock, 15. November. Das gestern Abend hier stattgefundene Kirchen-Concert, welches außerordentlich stark besucht war, hat den Zuhörern nicht nur einen ungewöhnlich hohen Genuß geboten, sondern auch nach seiner materiellen Seite hin ein sehr zufriedenstellendes Resultat gehabt, denn die Gesamteinnahme beläuft sich einschließlich der extra gezeichneten Beträge auf ca. 400 Mark. Wenn nun durch diesen günstigen Erfolg das gewünschte Ziel einer Kirchenbeizung wesentlich näher getreten ist, so ist doch der überaus wohl gelungene Verkauf